

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Rechte des Reichs und der Stadt Dresden für das gesamte Gebiet des Landes Sachsen. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung dieses Blattes sind verboten.

Druck u. Verlag: Liebsch & Reichardt, Dresden-El. I., Marienstraße 38/39. Herausgeber: Reichsverband 1008 Dresden. Dieses Blatt enthielt die amtlichen Bekanntmachungen der Umlaufpresseverwaltung Dresden und des Schlesischen Oberverwaltungsamt Dresden.

Rechte des Reichs und der Stadt Dresden für das gesamte Gebiet des Landes Sachsen. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung dieses Blattes sind verboten.

Soziale Aktion zum 30. Januar

Zusätzliche Leistungen des Winterhilfswerkes im Werte von 22 Millionen RM

Berlin, 24. Januar.

Reichsminister Dr. Goebbels erklärt zum bevorstehenden 30. Januar folgenden Auftrag:

an das deutsche Volk!

Es ist im neuen Deutschland schöne Tradition geworden, daß am Jahresitag der nationalsozialistischen Revolution zwar keine glänzenden und rauschenden Feste gefeiert, dafür aber in besonderen sozialen Hilfsaktionen für die vom Winterhilfswerk betreuten Volksgenossen zusätzliche Zeichen zu ausgeschüttet werden.

So werden auch an dem bevorstehenden 30. Januar 1936 entsprechend der Zahl der Beitreten, zusätzlich zur normalen Leistung durch das Winterhilfswerk selbst Spenden im Werte von ca. 22 Millionen Reichsmark zur Verteilung gelangen. Diese Summe wird aufgewandt für

18 Millionen Wertigkeitscheine im Betrage von je 1 RM und 5,5 Millionen Kohlengutscheine im Werte von je 1,50 RM.

Die Durchführungsbestimmungen für diese besondere Aktion zum 30. Januar erläutert der Reichsbeamte für das WHW.

Im Jahre 1935 hat das deutsche Volk seine Wehrhaftheit und damit seine nationale Souveränität wiedergewonnen. Dieser historische Erfolg der gesichteren Ausbauarbeit des Führers bestärkt jeden Deutschen in dem unabrebbaren Glauben, daß die reitlose Erfüllung unserer alten Kampfparole Wirklichkeit werden wird:

Freiheit und Brot für jeden Deutschen!

In Dankbarkeit gegen das Schicksal, das unser Werk so schier segne und im Vertrauen darauf, daß das Glück aus aus unserer eigenen Arbeit entspringt und uns auch im kommenden Jahre des deutschen Ausbaues nicht verlassen wird, betreten wir damit das vierte Jahr der nationalsozialistischen Revolution.

Es lebe der Führer!

Berlin, am 25. Januar 1936.
Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels.

Generale Hilfe für Moskau

Seit Jahr und Tag sind die im Völkerbund führenden Mächte bewußt, Deutschland wieder nach Genf zurückzuführen. Und sie werden nicht müde, auf unsere Beschwerden über schlechte Generale Erfahrungen in der Vergangenheit zu deuten, daß jetzt dort alles streng gerecht behandelt werde und kein deutschfeindlicher Ring mehr bestehen. Die Tatsachen reden aber eine andere Sprache. Gerade an der zu Ende gehenden 90. Nationaltagung haben wir einen schlagenden Beweis dafür, daß in Genf noch alles beim alten ist, und Deutschland besser fährt, wenn es braucht bleibt.

Denn was hat der Völkerbund in dieser Woche geleistet? In dem einen Punkt der Tagesordnung, der wirklich dringlich und von Bedeutung war, ist nichts geschehen. In Afrika schlagen die feindlichen Heere weiter aufeinander, in Ägypten und im Mittelmeer wächst die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes. Der Völkerbund, dessen erste Aufgabe es ist, den Frieden zu erhalten und ausgebrochene Streitigkeiten beigelegen, hat dazu keinen Finger gerührt. Weder von neuen Bemühungen um eine Versöhnung hat man etwas gehört, noch von weiteren Maßnahmen zur Beendigung des arabischen Krieges. Nur ein neuer Unterstaatssekretär ist eben schon bestimmt hinzugefügt worden, der diese Fragen prägen und Vorschläge ausarbeiten soll, bis der hohe Rat wieder einmal zusammenkommt. Inzwischen regiert Mars die Stunde und schwingt die Brandseile des Krieges drohend über Europa. Man kann sich in der Tat kein Zeugnis gräßiger Hilflosigkeit denken, als es sich der Völkerbund in dieser Woche durch sein Verhalten gegenüber dem abessinischen Konflikt selbst ausgesetzt hat.

In dem andern, die ganze Menschheit berührenden Verhandlungspunkt, bei der die Behandlung des sowjetisch-uruguayischen Streitfalls, ist das gleiche Verfahren festzustellen. Insgeheim sind sich alle Mächte darüber einig, daß das Vorgehen Uruguay beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion rechtigt, ja notwendig und befriedigend war; denn sie haben alle schon mehr oder weniger die gleichen Erfahrungen mit der unter diplomatischer Tarnung betriebenen Propaganda der kommunistischen Internationale machen und dabei feststellen müssen, daß zwischen der Sowjetregierung und der Komintern als Generalstab der Weltrevolution kein Unterschied besteht. Das kann man nicht nur „in den deutschen und anderen reaktionären Zeitungen“ lesen, wie der Sowjetkommissar in Genf förmlich bemerkte, sondern sogar in der „Pravda“, dem Centralorgan der russischen kommunistischen Partei, die es in ihrem Erinnerungsartikel zu Lenins zöbllem Todestag ausdrücklich bestätigt hat. Trotzdem durfte Litwinow in Genf als Ankläger auftreten, Uruguay des Bruches der Völkerbundshaltung zeihen, weil es sich die bolschewistischen Machenschaften nicht gefallen ließ, und obendrein den Fall noch zu einer scheinheiligen kommunistischen Propagandarede von der Tribüne des Völkerbundes ausnützen, wo bei es natürlich an alltäglichen Verdächtigungen Deutschlands und Italiens nicht fehlte, ohne daß man ihn auseinandersetzen und das Verfahren auf das richtige Gleis geschoben hätte durch die Umwandlung der Moskauer Beschwerde in eine Weltanklage gegen die verbrecherischen Propagandamehoden der Sowjetunion. Nur Italien legte für Italien Verantwortung ein. Kein Engländer, kein Franzose erhob sich, um für die Wahrheit und Gerechtigkeit eine Lunge zu brechen. Dieselben Vertreter, die am Tage vorher gegen das kleine Danzig ihre Brandreden geschwungen hatten, standen stumm beiseite und verjuchten, den Fall in einem Ausdruck zu begraben, weil die Weltmacht der Sowjetunion Partei war, mit der sie es nicht verderben wollten, für den Fall, daß sie bei einer anderen Gelegenheit die Moskauer Hilfe brauchen. Ein solches Verfahren macht die Schwelgen an Witschuligen an dem Unglück, das der Bolschewismus unter Fortsetzung seiner südamerikanischen Praktiken noch über die Welt bringt. Es wird sich bitter an denen rächen, die diese selten günstige Gelegenheit, dem Weltkommunismus und seinen verbrecherischen Umläufen den Prozeß zu machen, nicht wahrgenommen haben.

Um so größeren Mut haben dieselben Völkerbundsmächte bewiesen, als es sich darum handelte, dem kleinen, mehrlosen, in Völkerbundabhängigkeit gebrachten Danziger Staat zu zeigen, die Dauermontanen anzusehen wegen Meinungsverschiedenheiten über innere Verwaltungangelegenheiten, die überhaupt nicht vor der Rat gehörten. Woran hat es sich eigentlich gehandelt? Darum, daß der Danziger Senat die sechs Völkerbundempfehlungen der letzten Tagung nicht hundertprozentig ausgeführt, sondern in zwei Fällen, bei der Frage der Zeitungsverbote und der Wahlkommission, die vom auständigen Obersten Danziger Gerichtshof aufgestellten und von der Meinung der Völkerbundjuristen abweichenden Richtlinien befolgt hat.

Sarraults Übergangskabinett gebildet

Mandin übernimmt das Außenministerium

Paris, 24. Januar.

Senator Sarrault hat sich um 14 Uhr heutiger Zeit ins Einsegegeben, um dem Präsidenten der Republik die endgültige Annahme des ihm erzielten Antrages zur Bildung einer neuen Regierung zu übermitteln.

Beim Verlassen des Elysees hat Sarrault nachstehende endgültige Kabinettstabelle bekanntgegeben:

Ministerpräsident und Außenminister: Sarrault, Senator, Radikalsozialist;

Staatsminister (ohne Portefeuille): Paul Boncours, Senator, Sozialistische Vereinigung;

Innenminister: Delbos, Abgeordneter, Vorsitzender der radikalsozialistischen Kammerfraktion;

Außenminister: Mandrin, Abgeordneter, Unabhängiger;

Finanzminister: Rognier, Senator, Radikalsozialist;

Kriegsminister: General Maurin;

Kriegsmarine: Pietri, Abgeordneter, République Centrale, früher Farbengruppe;

Postminister: Désat, Abgeordneter, Sozialistische Vereinigung;

Unterrichtsminister: Guérin, Abgeordneter, Radikal-

sozialist, Unabhängiger;

Handelsminister: Bonnet, Abgeordneter, Radikalos.;

Minister für öffentliche Arbeiten: Chantempré, Senator, Radikalsozialist;

Landwirtschaftsminister: Thellier, Abgeordneter, Unabhängiger;

Postminister: Mandel, Abgeordneter, parteilos;

Kolonialminister: Stern, Abgeordneter, Radikale Linke;

Arbeitsminister: Grossard, Abgeordneter, ehemaliger Sozialist, jetzt parteilos;

Gesundheitswesen: Nicolle, Abgeordneter, Gruppe Vernet, rechtsgerechter;

Handelsmarine: de Chappedelaine, Abgeordneter, Radikale Linke;

Pensionsminister: Besse, Abgeordneter, Unabhängige Linke.

Das 100. Kabinett

Das zweite Kabinett Sarrault (das erste war vom 27. Oktober bis 24. November 1935 am Kubu) setzt sich aus 28 Ministern und Unterstaatssekretären zusammen (4 Senatoren, 18 Abgeordneten und einem Nichtparlamentarier). Den Stamm bilden, wie zu erwarten war, 9 Radikalsozialisten. Die links von ihnen stehende sozialistische Vereinigung, eine von Paul Boncours geführte Zusammensetzung der sogenannten Neulocialisten, der französischen und der republikanischen Sozialisten, hat drei Vertreter gestellt. Die rechts von den Radikalsozialisten befindlichen Unabhängigen der Linken haben einen Abgeordneten entsendet. Die von Mandrin geführte demokratische Vereinigung, die die Mittelparteien der radikalalen Linken, der Unabhängigkeiten und eine Anzahl der Abgeordneten des republikanischen Zentrums umfaßt, ist mit sechs Sitzen bedacht worden. Am weitesten rechts steht der der Gruppe Vernet angehörende Minister für Gesundheitswesen. Die beiden parteilosen Minister Mandel und Grossard kommen von der Mitte bzw. den Sozialisten her. Der Kriegsminister General Maurin hat in dieser Eigenschaft schon dem ersten Kabinett Sarrault angehört und ist nicht Parlamentarier.

Die Ministerliste Sarraults zeigt deutlich eine Verschiebung der Regierungsbasis nach links und deshalb, weil eine Reihe von rechtsgerechten Persönlichkeiten, die im Kabinett vertreten sein sollten, in leichter Stunde ihre Beteili-



Auf. Scherl Bilderdienst

Albert Sarraut
der neue Chef der französischen Regierung

um unbelastet durch den Namen Laval in den Wahlkampf zu ziehen, und dann mit der erhofften Einflussmehrheit eine Regierung der sogenannten „Volksfront“ von den Kommunisten bis zur bürgerlichen Demokratie zu bilden, in der Herrschaft die Führung oder wenigstens das Außenministerium übernehmen soll. Vorläufig hat sich der frühere Ministerpräsident Mandrin als Platzhalter im Quai d'Orsay bereitgefunden, dessen englische Neigungen bekannt sind, und von dem man erwarten darf, daß er die französische Außenpolitik in der Zwischenzeit um einige Grade von der italienischen Linie ablenken und an die Völkerbundslinie heranführen wird.

Bei Beurteilung der außenpolitischen Einstellung Mandrins ist ferner daran zu erinnern, daß er als Ministerpräsident an den Beschlüssen von Tries und an der sogenannten Londoner Erklärung vom Februar 1935 beteiligt war. Im übrigen ist Mandrin ein angedrehter Vertreter des Wirtschaftsliberalismus.